

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Johann Häusler

Abg. Ruth Müller

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Walter Nussel

Abg. Gerd Mannes

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Hubert Aiwanger

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Neustart Landesentwicklung - Für soziale Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und echten Klimaschutz in allen Landesteilen (Drs. 18/22773)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**  
**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),**  
**Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)**  
**Teilfortschreibung des bayerischen LEP - transparent, partizipativ und verlässlich (Drs. 18/22851)**

Wenn wieder etwas Ruhe einkehrt, eröffne ich die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Christian Zwanziger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach einem so ernsten Thema wie dem NSU-Untersuchungsausschuss ist es natürlich schwer, jetzt gleich einzusteigen. Aus meiner Sicht ist die Landesplanung aus ganz anderen Gründen ein Thema, das wir mindestens so ernst nehmen sollten.

Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag die grundlegende Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms, weil der Entwurf der Staatsregierung einer Teilfortschrei-

bung hinter allen Herausforderungen unserer Zeit zurückbleibt. Ihr Entwurf ist heute schon von vorgestern. Sie kümmern sich viel zu wenig um Klimaschutz. Sie sorgen nicht für einen Ausbau der erneuerbaren Energien. Schönheitskorrekturen werden dabei auch nicht helfen. Die vielen Stellungnahmen, die eingegangen sind, bestätigen das auch. Ich möchte Ihnen daraus nur eine kleine Auswahl vorlesen.

Der Bayerische Bauernverband kritisiert, dass der Flächenverbrauch nicht thematisiert wird. Der Bayerische Städtetag sagt, Ihr Entwurf sei an vielen Stellen vage, es werde mit vielen Grundsätzen gearbeitet, Grundsätze seien aber keine Ziele. Davor drücken Sie sich. Die Industrie- und Handelskammer bemängelt den mangelnden Schub für den Ausbau erneuerbarer Energien. Der Bund Naturschutz sagt, dass es zwar einige wenige Verbesserungen gebe, die im Wesentlichen die Rücknahme von Verschlechterungen der letzten Jahre seien; es fehle aber die entscheidende Trendwende; Sie würden nicht genug tun für den Klimaschutz und für erneuerbare Energien sowie die Sicherung unserer Lebensverhältnisse.

Auch die Young Planners, die Sie in Ihrem Nachzieher so schön zitieren, haben gesagt, dass die Einbindung im Gegensatz zu Ihren Behauptungen mehr als dürftig war. Die Young Planners durften zwar ein bisschen mitdiskutieren, waren aber im Wesentlichen nicht beteiligt. Der Verband kommunaler Unternehmer, VKU, kritisiert auch, dass Sie zu zögerlich sind, dass Sie den Klimaschutz nicht ernst nehmen. Das wird uns bei der Wasserversorgung und vielen anderen Sachen vor Probleme stellen. Auch das Land Baden-Württemberg, in dem das zuständige Ressort von der CDU geführt wird, kritisiert die mangelnde Abstimmung.

Was ist das Ende vom Lied? – Nach monatelangem Hin und Her im Kabinett und nach der Öffentlichkeitsbeteiligung sagen Ihnen alle Verbände: Gehen Sie doch zurück auf Los, machen Sie eine Komplettfortschreibung, dann hätten wir auch etwas gewonnen. Mit dieser Teilfortschreibung ist kein Blumentopf zu gewinnen.

Dann schieben Sie Ihren Nachzieher hinterher. Was ich dazu sagen soll, weiß ich nicht. Es ist Selbstbeweihräucherung pur. Sie sprechen von Transparenz, sind aber noch nicht einmal bereit, die eingegangenen Stellungnahmen zu veröffentlichen. Sie sprechen von Zukunftsorientierung und von Partizipation. Der offene Appell für ein zukunftsfestes Bayern und die Initiative "Wege zum besseren LEP" sagen zu Ihrer Fortschreibung: "Statt eines offenen, lernenden Prozesses bleibt es bei dem hierarchisch-linearen, bürokratischen Verfahren ohne ausreichende Teilhabemöglichkeiten für Regionen, Kommunen, Zivilgesellschaft, Fachverbände und für die Wissenschaft. – Wenn das keine Ohrfeige für Ihre Art der Beteiligung ist, dann weiß ich auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sorgen Sie endlich dafür, dass das LEP wieder die Bedeutung bekommt, die es für den Klimaschutz, für erneuerbare Energien und für die Daseinsvorsorge vor Ort braucht! Hören Sie auf mit Schönheitskorrekturen; sie bringen in dem Fall nichts. Nehmen Sie die Stellungnahmen ernst! Schieben Sie sie nicht ins Archiv oder in die verstaubte Schublade von Hubert Aiwanger. Sorgen Sie dafür, dass wir endlich die Herausforderungen unserer Zeit anpacken, den Expert\*innen zuhören, und hören Sie auf, zu blockieren und Lösungen für die Zukunft zu verhindern.

In diesem Sinn fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Gehen Sie zurück auf Los! Machen Sie eine Komplettfortschreibung, packen Sie den Flächenverbrauch an, packen Sie die erneuerbaren Energien an, und sorgen Sie dafür, dass es weiterhin einen Bäcker um die Ecke und nicht im Gewerbegebiet auf der grünen Wiese gibt! Bringen Sie das LEP endlich ins Jahr 2022! Mit Ihrem Entwurf kommen wir nicht weiter. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Zwanziger. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion vor.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Kollege Zwanziger von den GRÜNEN, Sie schreiben immer wieder die Partizipation in Ihren Antrag. In Wirklichkeit wollen Sie aber die Leute gar nicht beteiligen, sondern Sie haben ganz konkrete eigene Vorstellungen von dem, was Sie hier machen wollen. Ihnen geht es wieder nur um das Klima. Klima, Klima, Klima! Sie wollen weitere Windkraftanlagen und weitere PV-Anlagen installieren. Wenn es Ihnen wirklich um Partizipation geht – das frage ich Sie –, warum verweigern Sie sich dann den Vorstößen der AfD zu direkter Demokratie? Wir wollen, dass die Leute direkt beteiligt werden. Sie tun so, als würden Sie das machen. In Wirklichkeit geht es Ihnen aber einfach nur darum, das Land mit weiteren Windkraftanlagen und weiteren Photovoltaikanlagen zupflastern zu können.

(Beifall bei der AfD)

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Herr Kollege Hahn, die Debatte über erneuerbare Energien führen wir öfter. Ja, ich stehe dazu. Ich bin dafür, dass wir in Bayern erneuerbare Energien ausbauen. Das ist für die Wirtschaft wichtig, das ist für uns alle wichtig. Das ist nebenbei auch für den Klimaschutz und den Artenschutz wichtig. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Sie haben gesagt, uns gehe es nur um Inhalte. Ja, uns geht es um Inhalte. Es geht uns um die Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Dafür ist das LEP ein wichtiges Instrument. Dafür wollen wir eine Komplettfortschreibung. Die Aussagen der AfD zum Thema Zukunft sind eher aus dem 19. Jahrhundert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Zwanziger. – Das Wort für die FREIEN WÄHLER hat der Kollege Johann Häusler.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Den Titel des vorliegenden Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN "Neustart Landesentwicklung – Für soziale Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und echten Klimaschutz in allen Landesteilen" können wir bis auf das Wort "Neustart" unterstreichen. Wir, die Regierungsfractionen, stehen auch dafür. Statt von Neustart sprechen wir von Weiterent-

wicklung und Fortschreibung. Das, glaube ich, ist der Unterschied. Was uns trennt – deswegen auch unser Nachzieher –, ist ganz einfach die Tatsache, dass wir statt einer Komplettfortschreibung eine Teilfortschreibung machen. Warum eine Teilfortschreibung? – Wir haben ein stabiles Fundament, das im Jahr 2013 verabschiedet worden ist. Wir haben das Landesentwicklungsprogramm 2018 nach rund fünf Jahren – das muss man sich mal vorstellen – evaluiert und fortgeschrieben. Das ist eine verlässliche Planungsgrundlage. Wir brauchen für unsere Kommunen und für Investoren verlässliche Grundlagen, auf deren Basis Landesplanung und Planung von Infrastruktur generiert werden können. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt. Darauf müssen wir achten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Evaluation hat fast eine ganze Legislaturperiode in Anspruch genommen. Man möge sich mal vorstellen, wie es wäre, wenn man das Ganze auf neue Beine stellen und wieder bei null anfangen würde. Wir würden mindestens zwei bis drei Jahre verlieren. Wir könnten das in dieser Legislaturperiode gar nicht mehr auf den Weg bringen. Diese Zeit haben wir wahrlich nicht.

Deshalb haben wir, die Regierungsfractionen, gesagt, wir wollen berechenbar sein, wir wollen die wirtschaftliche, soziale und ökologische Weiterentwicklung unseres Landes selbstverständlich voranbringen, deswegen jetzt auch diese Fortschreibung. Diese Fortschreibung ist vom Bayerischen Ministerrat am 14.12.2021 festgestellt und beschlossen worden, und dann ist man in die Anhörung gegangen. Die Anhörung hatte eine große Beteiligung der Öffentlichkeit. Beteiligt haben sich die Kommunen, die Fachexperten und die betroffenen Institutionen insgesamt. Das heißt also, wir hatten eine wesentlich breitere Öffentlichkeitsbeteiligung, als es eigentlich vorgeschrieben wäre.

Die Änderungen, die in dieser Teilfortschreibung veranlasst sind, können sich doch sehen lassen. Das ist doch genau das, was man will. Über die Streichung der Ausnah-

men vom Anbindegebot haben wir lang und breit diskutiert. Damit würden Flächen und Ressourcen gespart. Neue Mobilitätsformen, Vernetzung von Verkehrsträgern, ortsnahe und umweltverträgliche Abfallwirtschaft, Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft und Schutz der landwirtschaftlichen Flächen sind doch das Gebot der Stunde. Erinnern wir uns doch an die Nahrungsmittelsicherheit, die jetzt im Ukraine-Krieg eine Rolle spielt. Die großen Flächen sollen nicht durch Infrastruktur zerschnitten werden. Die Werthaltigkeit dieser Flächen darf nicht unberücksichtigt gelassen werden. Im Übrigen war das auch ein Antrag der GRÜNEN im Landwirtschaftsausschuss; das darf ich bei dieser Gelegenheit auch sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das nächste Thema ist die Überprüfung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Windkraft und der Anpassungsbedarf beim Repowering. Was mir bemerkenswert erscheint und mich stutzig macht, ist die Tatsache, dass die GRÜNEN mit dem Antrag auf Drucksache 18/22686 vom 12.05., also vor nicht einmal vierzehn Tagen, ein Expertenhearing beantragt haben. Sie nehmen mit Ihrem Antrag das vorweg, was da herauskommen soll. Das kann es doch nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb haben wir das vernünftig aufgesetzt und zum Beispiel auch mit den Young Planners eine ganz neue Generation mit herangezogen und deren Vorschläge eingearbeitet; sie sind alle Grundlage dieser Weiterentwicklung. Ich glaube, mehr können wir in der Verantwortung für unser Land nicht tun. Folgen Sie bitte unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag; er enthält genau diese Zielsetzung. Ihrem Dringlichkeitsantrag können wir in dieser Form leider nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Häusler, vielen Dank. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor: die erste von Herrn Kollegen Christian Zwanziger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Herr Kollege Häusler, entweder lag es an den Kacheln, oder ich habe Sie bei vielen dieser Fachkonferenzen gehört. Monatelang, fast schon ein Jahr lang hat die ganze Welt, die Fachwelt in Bayern zumindest, darauf gewartet, was aus Ihrer Regierung für ein Entwurf kommt. Sie haben auf Nachfragen immer gemauert. Jetzt argumentieren Sie mit Zeitverzug. Das eigene Haus, das Haus von Hubert Aiwanger, sagt: Wenn jetzt noch mal grundlegende Änderungen bei der Teilfortschreibung gemacht werden, dann muss sowieso – das sieht das Verfahren vor – noch eine Beteiligungsrunde eingefügt werden. Also, das Argument, wir würden Zeit verlieren, wenn wir das jetzt gescheit machten, sehe ich einfach nicht. Ihr Haus sagt selbst, dass eine weitere Runde gedreht werden müsste, wenn es gravierend anders ist.

Zum verlässlichen Prozess: Was Sie in Ihrem Antrag einen verlässlichen Prozess nennen, heißt für mich, dass alles beim Alten bleibt. Entschuldigung, die letzte Komplettfortschreibung ist einfach sehr lange her. Wo sind denn Ihre verlässlichen Ziele, nicht Grundsätze, zur Einschränkung des Flächenverbrauchs, zum Platz für erneuerbare Energien, für das Zentrale-Orte-System, das die Daseinsvorsorge für alle herstellt? Wo ist das denn? Ich sehe das nicht. Sie packen das Zentrale-Orte-System nicht mal an.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Lieber Herr Kollege Zwanziger, ich fange vielleicht beim Zweiten an. Ich habe diese fünf Punkte explizit herausgearbeitet und herausgestellt, die im Grunde die Basis dieser Fortschreibung sind. Da ist zum Beispiel die Unterschutzstellung landwirtschaftlicher Flächen. Dazu gehört das Fünf-Hektar-



Ziel. Das gehört alles hier dazu. Das muss man als Ganzes sehen. Insofern haben wir das sehr wohl im Blick.

Uns geht es darum, nicht noch mehr Zeit zu verlieren. Wir haben genügend Zeit verloren. Die Zeit drängt, und wir müssen handeln. Wir müssen einen verlässlichen Rahmen setzen. Ich glaube, deshalb haben wir gar keine andere Chance, als das zu tun. Aber das noch mal von Anfang an neu aufzusetzen, würde heißen, zwei, drei Jahre zu verlieren. Diese Zeitverzögerung könnten wir nicht mehr verantworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Hahn, AfD-Fraktion.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Kollege, ich bin einverstanden, wenn man diesen Plan fortschreiben will und nicht, zumindest wie die GRÜNEN, ein LEP ganz neu aufsetzen will; Sie müssen sich hier als FREIE WÄHLER aber an den Erfolgen messen lassen. Wir haben es in den letzten Jahren, Jahrzehnten im ländlichen Raum mit einer massiven Landflucht zu tun. Das haben Sie in dieser Legislatur nicht aufgehoben. Trotzdem wollen Sie hier keine großen Schritte machen. Im Gegenteil, Sie wollen sozusagen auf dem kleinen Dienstweg auch die Windkraft fördern. Wir haben es gerade von Ihrem Minister Aiwanger gehört, er will jetzt 10 H sozusagen indirekt abschaffen. Auch Sie wollen das Land weiter mit Windkraftanlagen zupflastern. Dadurch wird die Landbevölkerung noch stärker sozusagen aus ihrem schönen Lebensraum in die Städte getrieben. Sind Sie tatsächlich zur Städterpartei geworden?

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Herr Prof. Dr. Hahn, ich kann Sie beruhigen: Wir sind weder zur Städterpartei noch zur Landpartei geworden. Wir sind in der Sorge und in der Verantwortung für ganz Bayern. Diese nehmen wir so wahr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Landflucht, die Sie anführen, kann ich nicht feststellen. Das Gegenteil ist der Fall. Man betrachte nur, wie sich die Baupreise in den ländlichen Räumen um die Großstädte entwickeln, teilweise in bis zu einhundert Kilometern Entfernung. Das ist phänomenal, das ist besorgniserregend. Das heißt, wir haben genau die gegenteilige Entwicklung. Wir haben tatsächlich einen starken Zuzug in die ländlichen Räume.

Zum dritten Thema, das Sie angesprochen haben, zu den Windkraftanlagen: Dazu haben Sie Ihre persönliche Sichtweise und glauben, da würden Vögel geschreddert. Ich kann nirgendwo geschredderte Vögel sehen. Die Bevölkerung bei uns hat mittlerweile erkannt, dass wir nicht nur über Energieeffizienz und Energiesicherstellung reden, sondern dafür auch etwas tun müssen. Das heißt, um regenerative Energien zu gewinnen, brauchen wir selbstverständlich auch die Möglichkeiten, die uns geboten sind. Das sind die Wasserkraft, selbstverständlich die Photovoltaik und natürlich auch die Windkraft. Die Windkraft gibt es in vielen Regionen, in denen die entsprechenden landesplanerischen Möglichkeiten gegeben sind, das zu verwirklichen. Dafür stehen wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke schön, Herr Kollege Häusler.  
– Das Wort hat für die AfD-Fraktion Herr Prof. Dr. Hahn.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bayern! Wir haben hier einen Dringlichkeitsantrag von den GRÜNEN, der vorgibt, sozial und wirtschaftlich zu sein. Wenn man diese Stichwörter allerdings mal eingibt – sie stehen ganz oben drüber –, wird man feststellen, dass man sie gar nicht so häufig findet. Das ist also ein blankes Label. Was man aber wieder sehr, sehr häufig findet, ist das Wort "Klima", "Klima", "Klima". Es geht hier um einen Plan, um einen Entwicklungsplan, ein Programm für ganz Bayern. Er muss alle Bereiche umfassen; wir wollen schließlich den ländlichen Raum wie die Städte gut entwi-

ckeln. Warum kommt bei den GRÜNEN immer nur das Klima vor? – Ich habe Antworten für Sie.

Erstens. Sie haben Ihre Planwirtschaft im Kopf, und zwar um Ihren Klimawahn in der Fläche umzusetzen.

Zweitens. Sie begründen das zwar mit einer Verbesserung der Umwelt und erwähnen auch das Artensterben. In Wirklichkeit ist es aber so, dass Sie mit Ihren Windkraftanlagen jedes Jahr Hunderttausende von Vögeln und Fledermäusen schreddern, von den Insekten gar nicht zu sprechen. Außerdem bringen Sie mit dieser Neuauflage des LEP eine absolute Überbürokratisierung in Gang. Sie gängeln die Leute, Sie wollen einfach nur Geld umverteilen. Das Land blutet aus, und wenn es mal nicht ausblutet und die Leute hundert Kilometer, wie wir es gerade gehört haben, fahren müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen, wird es jetzt teurer. Jeder sieht an der Zapfsäule, wie teuer es wird. Das gehört alles ohne Probleme zu Ihrem Plan dazu.

Ich habe es eben gesagt: Ich würde auch eine kleine Fortschreibung befürworten. Was die GRÜNEN hier machen, ist sicherlich ganz verkehrt, weil wir damit genau das Gegenteil von dem bewirken, was das Gesetz eigentlich vorsieht. Wir wollen eine gleichmäßige Entwicklung haben. – Sie schütteln mit dem Kopf. Es ist das System der zentralen Orte nach Christaller. Das soll hier umgesetzt werden; das wollen Sie anscheinend abschaffen. Insofern, liebe GRÜNE, sind Sie hier auf dem falschen Weg, auf dem Holzweg, wenn es um Politik für Bayern geht. Nein, Sie wollen leider nur Klientelpolitik für Ihre Lobbyisten.

Ihre Quellenangabe im Antrag ist nichts anderes als eine lange, lange Liste Ihrer grünen Lobbyorganisationen, die Sie hiermit bedienen wollen. Meine Damen und Herren, das ist frevelhaft, und das kann Bayern nicht gebrauchen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn es um Partizipation geht – an alle Parteien in diesem Haus –: Warum stimmen Sie denn nicht den Möglichkeiten zu, direkte Demokratie auszuüben? Da sind Sie immer sehr ängstlich, sehr zögerlich, und wollen das immer nur indirekt haben.

Meine Damen und Herren, die einzige Partei, die für direkte Demokratie in Bayern und in Deutschland ist, ist die Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Das meinen Sie nicht ernst!)

Der Flatterstrom, den Sie hier mit PV-Anlagen und Windkraftanlagen produzieren, kann in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland leider nicht die Grundlage dafür sein, um unseren Wohlstand zu erhalten. Im Gegenteil, Sie lehnen sogar nachhaltige – von der EU bestätigt – Atomkraft und Erdgas ab. Sie wollen die Landschaft verändern. Wir sagen dazu Nein. Die Ziele, die Sie hier formuliert haben, sind nicht gut. Wir lehnen Ihren Antrag zum LEP ab. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Ruth Müller das Wort.

**Ruth Müller (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Jahr 2013 stehen die gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserer Bayerischen Verfassung. Wir haben insofern seit fast zehn Jahren den Auftrag, dafür zu sorgen, dass Bayern ins Gleichgewicht kommt.

Mit unserer Enquetekommission in der letzten Legislaturperiode haben wir dazu gemeinsam mit Experten Defizite aufgezeigt, diskutiert und vor allem Verbesserungsvorschläge erarbeitet; denn in unserem Bayern ist nicht alles gleichmäßig gut verteilt: weder die Chancen noch die Probleme, weder bei der Gesundheitsversorgung, beim ÖPNV noch bei der Nahversorgung. Gleichzeitig müssen wir den Herausforderungen der Klimakrise gerecht werden.

Im vorliegenden Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es um einen Neustart des Landesentwicklungsprogramms unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten. Wir haben als Bayern-SPD-Landtagsfraktion in unserem Klimaschutzgesetz zahlreiche Vorschläge unterbreitet, die vor allem die Frage des sozialen Klimaschutzes in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen, dass der Transformationsprozess in unserem Land Arbeits- und Lebenschancen für Menschen bereithält und gleichzeitig den Klimaschutz, die Biodiversität und den Ressourcenschutz voranbringt.

(Beifall bei der SPD)

Ein besseres Landesentwicklungsprogramm muss für den Ausgleich zwischen Stadt und Land sorgen und auch den Klimaschutz unter sozialen Aspekten ernst nehmen; denn unter den richtigen Rahmenbedingungen kann der Klimaschutz zum Innovationsmotor für den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg ländlicher Räume werden. Es braucht klare Ziele, um dem Pariser Klimaschutzabkommen gerecht zu werden, Ziele für eine Mobilitätswende, eine Energiewende, eine Agrarwende und vor allem für eine Wende im Denken.

Die Aufgabe, die vor uns steht, ist so groß, dass wir ihr mit einer Teilfortschreibung nicht gerecht werden können. Das zeigen schon die zahlreichen Stellungnahmen, die im Beteiligungsverfahren eingegangen sind. Wenn die Bayerische Staatsregierung an einer Teilfortschreibung festhält, dann gibt es nach unserer Auffassung insbesondere Diskussionsbedarf bei den Fragen des Fünf-Hektar-Ziels, bei der Flächennutzung, bei den konkreten Zielvorgaben beim Ausbau der erneuerbaren Energien und insbesondere auch beim Zwei-Prozent-Ziel des Windkraftausbaus in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen aber auch die Kommunen ernst nehmen, die uns gerade allen schreiben, weil sie nicht wissen, welche Konsequenzen mit der Neubewertung der Gebietskategorien einhergehen. Unserem Verfassungsauftrag, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, werden wir so nicht gerecht. Deshalb sind wir uns mit den Antragstellern

und mit vielen Verbänden einig, dass die Teilfortschreibung kein großer Wurf ist und die Fantasie fehlt, wie es mit unserem großartigen Land weitergehen soll. Deshalb werden wir uns bei dem Antrag der CSU enthalten; denn unser Handeln heute ist entweder der Grundstein oder der Mühlstein für die nächste Generation.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Alexander Muthmann das Wort.

**Alexander Muthmann (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mal mit dem Nachzieher beginnen, der das Verfahren bejubelt. Das können wir so nicht teilen. Vor allem können wir die Zufriedenheit in der Begründung nicht teilen, mit der auf bestehende Teile hingewiesen wird. Ganz am Ende folgt der Hinweis auf das Zentrale-Orte-System und die Regionen mit besonderem Handlungsbedarf, die auf dem aktuellen Stand seien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Staatsregierung und der sie tragenden Fraktionen, wenn Sie glauben, dass in der weichen und unverbindlichen Fassung im derzeitigen Zentrale-Orte-System zur Landesentwicklung eine Grundlage für die Zukunftsgestaltung Bayerns besteht, ist das ein Kardinalfehler. Man muss nicht wie im Zukunftsrat über sieben Zentren arbeiten; aber man muss polyzentrische Strukturen mit Versorgungsaufträgen für die Regionen entwerfen. Das fehlt bei der aktuellen Konstellation und Struktur der zentralen Orte und des Zentralen-Orte-Systems, das so weichgespült und unverbindlich ist wie die Regionen mit besonderem Handlungsbedarf, die mittlerweile auch halb Bayern umfassen. Das ist keine Grundlage, auf der man aufbauen kann. Deswegen müssen wir diesen Nachzieher ablehnen.

Wir sind aber auch mit den Konzeptionen der GRÜNEN nicht umfassend einverstanden. Da sind schon Inhalte festgelegt, über die wir da und dort sicherlich reden müssen und von denen wir vieles auch mittragen können. Aber es gibt schon ein paar Punkte mehr, die ich mir wünschen würde, insbesondere auch die Aspekte, wie wir die

kommunale Selbstverwaltung, die Eigenverantwortung, ein Stück weiter verankern und verbindlicher und umfassender gestalten können. Das gehört in engen Grenzen und in dem Rahmen guter und zukunftsgerichteter Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms festgelegt.

Aber innerhalb dieses Rahmens müssen wir noch mehr machen. Die Klimaziele sind ein ganz zentrales und wichtiges, auch ein bestimmendes Thema; das ist klar. Aber es gibt noch ein paar mehr Punkte, die wir – jedenfalls in diesen Erläuterungen – noch nicht gefunden haben. Die Zielrichtung ist richtig, die grundsätzliche Skepsis gegenüber dem vorliegenden Entwurf teilen wir ebenfalls. Aber das, was alles zum Ausdruck kommen muss, ist uns noch nicht umfassend genug enthalten. Deswegen müssen wir uns da enthalten.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Walter Nussel.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte feststellen – das zieht sich mittlerweile wie ein roter Faden durch –, dass die GRÜNEN noch nicht verstanden haben, worum es beim LEP wirklich geht. Worum geht es beim LEP? – Es geht um die Grundversorgung unserer Menschen im Freistaat Bayern in allen Ausführungen, ob bei der Energie, bei der Ernährung oder bei der Verteilung insgesamt; es geht um die Frage, wie wir uns hier positionieren und auch wie Gewerbe und Handel funktionieren können.

Hier wird es immer einseitig so dargestellt, als ob wir das täglich ändern könnten. Wie können uns die Kommunen draußen mit der Vorgehensweise in Ihrem Antrag Vertrauen entgegenbringen, wenn sie gar nicht mehr wissen, worauf sie sich stützen können? – Landesentwicklungsprogramm heißt, dass es sich um einen Fortgang von mindestens 10, 15 Jahren handelt, in denen sich eine Kommune auch einmal darauf verlassen kann: Was kann sie hier tun, wie kann sie ihren Flächennutzungsplan, ihren Bebauungsplan usw. anpassen?

Der Blick nach Brüssel ist mir das Wichtigste heute, ohne da zu sehr ins Detail zu gehen. Leute! Die Taxonomie, ob in ökologischem oder sozialem Sinne, die hier jetzt von Brüssel angeschoben wird, wird uns noch viel mehr Sorgen bereiten und noch viel mehr Themen aufzeigen, auf die wir reagieren müssen. Das ist zusammen mit dem zu sehen, was ich eingangs zum Vertrauen gesagt habe, dass die Kommunen wissen, wie sie sich vor Ort überhaupt aufstellen.

Es ist richtig, dass wir die Teilfortschreibung machen und das Ding nicht jetzt sofort aufsetzen, wie es die GRÜNEN wollen. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen, dem anderen zustimmen. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg und auch in guten Gesprächen. Wir haben die Verbindungen zu allen Verbänden und zu allen, die bei uns aufschlagen.

Das nächste Thema ist der Green Deal. Habt ihr euch schon mal eindringlich damit beschäftigt, was das dann auch vor Ort in den Regionen, Kommunen und Landkreisen, in den Regionalplänen heißt? – Das müssen wir dann auch wieder teilfortschreiben. Aber wir dürfen die Grundversorgung nicht vergessen. Das ist mir ganz wichtig. Da kommt mir viel zu wenig. Beim Fachgespräch zur Verlängerung der Laufzeiten von AKWs letzte Woche sagt der Kollege Stümpfig, das sei nicht unser Thema. – Was ist denn dann unser Thema, wenn es nicht die Grundversorgung im Land ist? – Ich muss einfach noch einmal klarstellen:

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Wir haben, Herr Stümpfig, das LEP hier verlässlich immer wieder diskutiert. Wir schreiben es fort. Wir sind da im engsten Kontakt mit dem Ministerium. Wir werden das auf dieser Vertrauensbasis auch weiter fortführen, vor allem auch unter den Gesichtspunkten, was jetzt aus Brüssel auf uns zukommt. Da müssen wir miteinander ringen und schauen, dass wir die Möglichkeiten ausschöpfen. Aber bitte nicht schon wieder so anfangen, ideologisch getrieben, dass wir alles über den Haufen werfen.



Deswegen: dem Antrag der FREIEN WÄHLER und von uns zustimmen und den der GRÜNEN ablehnen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Nussel. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor, die erste von Herrn Kollegen Christian Zwanziger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Kollege Nussel, in einem Punkt stimme ich Ihnen zu, nämlich dass das LEP die Daseinsvorsorge bzw. die Versorgung in ganz vielen Bereichen sicherstellen soll, ob es ums Wohnen, die Rohstoffversorgung oder landwirtschaftliche Produkte geht. Da stimme ich zu. Aber wenn das doch der Hauptpunkt und auch Ihr und euer Anliegen ist, warum arbeitet ihr dann mit windelweichen Grundsätzen? Warum doktert ihr dann jetzt stellenweise herum? – Ihr wollt Verlässlichkeit – das war die Ausführung gerade – und Planung auf lange Sicht. Arbeitet mit weniger, aber sauberen und verbindlicheren Zielen in den Bereichen, wo es wichtig ist, wo die Daseinsvorsorge gefährdet ist – Trinkwasserversorgung, erneuerbare Energien, wie auch immer –, und macht nicht so eine halbgare Teilfortschreibung mit windelweichen Grundsätzen. In zwei Jahren sitzen wir wieder da und dürfen wieder herumdoktern. Wenn die Daseinsvorsorge wichtig ist, kann ich nicht sagen: Dann machen wir da morgen vielleicht mal was. Da muss doch ein klares Ziel rein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Bitte schön, Herr Nussel.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Kollege, Sie stellen gerade die Eigenverantwortung der kommunalen Selbstverwaltung infrage. Wir haben hier im Bayerischen Landtag den Auftrag, über die Legislative und später über die Exekutive Leitplanken aufzustellen. Wir wollen aber, dass sich diejenigen vor Ort, die sich damit auskennen, nämlich der

Gemeinderat und der Stadtrat, damit beschäftigen, damit sie das verwirklichen können, wofür wir den Rahmen gesteckt haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Wir haben für den Freistaat Bayern Leitplanken gesteckt, mit denen er in den letzten Jahrzehnten gut gefahren ist. Schauen Sie einmal in andere Bundesländer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

**Gerd Mannes (AfD):** Herr Nussel, Sie haben gerade den Green Deal, die Taxonomie und die Lieferkettengesetze scharf kritisiert. Das tun wir auch. Ich habe Ihnen in der Vergangenheit gesagt: Dadurch werden nur eine Zertifikate-Industrie und eine Berater-Industrie befeuert. Eine Gemeinde kann dann keine Ausschreibung mehr machen. Sie braucht dann fünf Berater. Da wird es in Zukunft viele Probleme geben.

Sie haben gerade über die Daseinsvorsorge gesprochen. Aus meiner Sicht ist es so, dass die Daseinsvorsorge des gesamten Landes Bayern gefährdet wird. Eine Frage: Warum haben Sie diesem ganzen Kram auf EU-Ebene zugestimmt, wenn Sie ihn hier im Bayerischen Landtag kritisieren?

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Nussel, bitte.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Mannes, auch hier gilt: Die EU steckt Leitplanken ab, die müssen jetzt mit Leben erfüllt werden. Wir wollen für die Zukunft eine Folgenabschätzung. Darauf lege ich großen Wert. Wir müssen von unten denken und versuchen, innerhalb dieser Leitplanken das Bestmögliche für unser Land zu generieren. Deswegen dieses Landesentwicklungsprogramm, das von uns teilfortgeschrieben wird. Wir bleiben dabei: Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ab.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Nussel. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Hohes Haus, verehrte Bürger! In trivialer Selbstvergessenheit schreiben die GRÜNEN in ihrem Dringlichkeitsantrag, ich zitiere: "Die nächsten Jahre sind entscheidend, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch zu verhindern und das Artensterben zu stoppen." Sie plädieren zugleich für die Ausweisung von 2 % der Landesfläche für die Windkraft.

Zur Faktenklarstellung: Die Ausweitung der Windkraft und das Stoppen des Artensterbens passen leider nicht zusammen. Genauso wenig passen der Bevölkerungsschutz und ein Verzicht auf die 10-H-Regel zusammen. Auf dem Weg in die CO<sub>2</sub>-neutrale Gesinnungsdiktatur scheinen die New-World-Young-Leadership-GRÜNEN diese Widersprüche schlichtweg zu ignorieren; sie sind ihnen einfach wurscht.

Sie wollen das Klima retten, zerstören aber mit dieser Politik die Umwelt, unsere Wohnqualität und die Gesundheit der Bevölkerung. Sie verschandeln damit die Landschaft, ganz zu schweigen davon, dass die Windräder zahlreiche Vögel, Schmetterlinge, Bienen und Fledermäuse schreddern. In den Sommermonaten sterben Milliarden von Fluginsekten. Herr Häusler von den FREIEN WÄHLERN hat das noch nicht gesehen; er ist wahrscheinlich auf beiden Augen blind. Die GRÜNEN wollen eine Flächenversiegelung, die sie eigentlich bekämpfen, und sie wollen eine Absenkung des Grundwasserspiegels, die sie eigentlich auch nicht wollen. Außerdem wollen sie die Recycling-Problematik bei den Windrädern einfach nicht wahrnehmen.

Windräder erzeugen nun einmal nur umweltfreundlichen Strom, wenn der Wind weht. Wenn er nicht weht, dann kaufen wir diesen Strom, der in den Atomkraftwerken unserer Nachbarländer produziert wird, teuer hinzu. Wenn wir zu viel Strom aus Windkraft oder Sonne haben, speisen wir ihn in das europäische Verbundnetz ein und bezahlen dafür, oder wir schalten die Rotoren ab und bezahlen auch dafür. Wie sagte vor etlichen Jahren, im Jahr 2017, die GRÜNEN-Politikerin Göring-Eckardt: "Wir wollen, dass

in den nächsten vier Jahren jede Biene und jeder Schmetterling und jeder Vogel in diesem Land weiß: Wir werden uns weiter für sie einsetzen!" – Vier Jahre, und dann war es vorbei.

Der gleichen Logik folgen die GRÜNEN beim Gas. Sie wollen teures Fracking-Gas mit umweltschädlichen Riesendampfern über die Weltmeere nach Deutschland schhipern. Diese Dampfer weisen eine fürchterliche CO<sub>2</sub>-Bilanz auf. Das spielt alles keine Rolle mehr.

Mit Vernunft hat diese Great-Reset-Politik der GRÜNEN nichts zu tun, eher mit einem Schaden für unser Volk. Das ist kein Neustart der Landesentwicklungsplanung in Bayern, das ist grüner, politischer Transformer-Irrsinn pur. Die GRÜNEN wollen die Gesellschaft ummodellern und unser Leben gleich mit. Nur weiter so mit der grünen Pizza-Connection.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Setzen Sie sich ruhig ins Narrenschiff. Ich setze mich nicht hinein.

(Florian von Brunn (SPD): Sie müssen sich nicht reinsetzen!)

Leisten Sie Ihren Beitrag!

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Staatsminister Hubert Aiwanger für die Staatsregierung.

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine sehr interessante Debatte: Wie wollen wir Bayern in den nächsten 10 bis 15 Jahren weiterentwickeln? Genau darum geht es beim LEP. Es soll ein Plan aufgestellt werden, der definiert, wo wir bei der Flächennutzung, in der Verkehrspolitik, bei den erneuerbaren Energieanlagen

gen usw. hin wollen. Zum Hintergrund: Vor zehn Jahren wurde bereits eine Gesamtfortschreibung gemacht. Jetzt sind etwa zehn Jahre vergangen. Wir könnten nun sagen: Wir räumen den alten Käse vom Tisch und fangen auf einer weißen Landkarte ganz neu an.

Wir hatten aber bereits im Jahr 2018 eine Teilfortschreibung. Damals haben wir das Zentrale-Orte-System angepasst und die Regelungen zur Ansiedlung neben der Autobahn verändert. Die Frage lautet: Ist es sinnvoller, jetzt alles vom Tisch zu wischen und auf der weißen Landkarte neu zu beginnen, oder wäre es besser, die Leitlinien für funktionierende und akzeptierte Instrumente beizubehalten und nur dort nachzjustieren, wo Handlungsbedarf besteht? Wir müssen schnell nachjustieren, weil bei vielen Themen ein großer Handlungsbedarf besteht. Ich nenne die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, die Weiterentwicklung der ländlichen Räume, die Weiterentwicklung der Mobilität, die Digitalisierung und einiges mehr.

Ich sage Ihnen voraus, dass frühestens am Ende der nächsten Legislaturperiode Ihr neuer Superplan auf dem Tisch liegen wird, wenn es überhaupt ein Superplan wird, wenn wir jetzt ganz neu anfangen. Vielleicht wird es auch ein Rohrkrepieler. Bis dahin haben wir all das, was wir heute weiterentwickeln müssen, zum Beispiel die Windkraft, nicht vorangebracht. Sie wollen ja keine Teilfortschreibung.

Was ist jetzt die bessere Lösung? – Ich bin überzeugt, dass wir als Realpolitiker hier und heute handlungsfähig und flexibel sein müssen. Sie sehen es selbst mit Ihrer Regierungserfahrung in Berlin: Vorher vertraten Sie im Wahlkampf radikale Ansätze wie "Keine Waffen in Krisenregionen". Kaum sind Sie in der Regierung, müssen Sie sogar Waffen in Kriegsregionen liefern. Gas wollen wir nicht mehr. – Plötzlich müssen Sie zu den Scheichs fahren und um Gas betteln, usw.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das bildet sich auch bei Ihrer in meinen Augen radikalen Forderung ab, die 5 Hektar festzuzurren, die Flächen genau zu definieren, die Entwicklungspotenziale der erneu-

erbaren Energien genau festzuschreiben, weil Sie all das, was wir jetzt reingeschrieben haben, als windelweich deklarieren. Sie wollen den Regionalen Planungsverbänden mit harter Hand von München aus sagen: Hopp, hopp! – Den Bürgermeistern wollen Sie das Fünf-Hektar-Flächenziel fix vorgeben. Wir haben formuliert: "anzustreben bis 2030" und elf Hektar festgelegt, weil die Freiflächen-PV momentan Gott sei Dank boomt, weil die Wirtschaft boomt, und weil wir Menschen unterbringen müssen. Sollen wir den Bürgermeistern erstens sagen: Fünf Hektar, und dann ist Schicht im Schacht?

Zweitens. Sollen wir bei den landwirtschaftlichen Vorranggebieten – ich bin Landwirt und habe dafür sehr viel übrig – jetzt die Landkarte nehmen und von München aus überall reinschreiben, dass da unantastbares Agrarland ist? – Dann kommt übermorgen der nächste Intel, der nächste BMW, der nächste irgendwas und sagt: Ich will 50 Hektar oder will irgendwo mehr, und ich will genau dort hin. – Sagen Sie dann zu ihm, nein, das ist unantastbar, du kannst wieder nach Magdeburg gehen? – Sie werfen uns ja vor, wir hätten Intel nicht in Bayern angesiedelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie werfen uns aber gleichzeitig vor, wir bekämen das mit dem Flächenverbrauch nicht hin.

Genauso ein Widerspruch ist es, wenn Sie sagen, wir müssten im ländlichen Bereich die Daseinsvorsorge mit Einkaufsmöglichkeiten usw. deutlich ausbauen. – Ja, was heißt das denn realpolitisch? – Dass wir dann eben in kleineren kommunalen Einheiten Supermärkte in der Regel auf der grünen Wiese bekommen. Sie wissen ja, wo es die innerörtlichen Grundstücke gibt. Bitte sagen Sie das den Bürgermeistern, wenn die in Ihren Augen zu dumm sind, selber zu wissen, wo sie den Supermarkt innerorts unterbringen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die bauen den Supermarkt auch nicht aus Boshaftigkeit außerhalb, sondern deshalb, weil es innerorts eben nicht geht. Wollen Sie den Supermarkt jetzt also, oder wollen Sie ihn nicht? – Wenn Sie ihn wollen, dann haben Sie die Daseinsvorsorge verbessert, aber die Flächenbilanz nach oben gejubelt.

(Zuruf)

Sie haben die Widersprüche also im System.

Worum geht es jetzt? – Es geht jetzt darum, die drei Säulen, die wir vor allem bedienen wollen, zeitnah und vernünftig zu bedienen. Das ist einmal das Thema Kommunen und Entwicklung der ländlichen Räume. Der Großteil der 700 Einwendungen, die bisher gekommen sind, kommen genau aus der Ecke der Bürgermeister. Die Bürgermeister werfen uns heute schon vor, wir seien mit unserer Entwicklungspolitik zu restriktiv. Es wird so interpretiert, dass wir den kleinen Kommunen keinen Wohnbau mehr erlauben würden.

In meinen Augen ist das eine Missinterpretation des Textes. Wir werden den Text aber anpassen, um diese Missinterpretation aus der Welt zu schaffen. Dann werden Sie und Ihnen nahestehende Verbände natürlich wieder auf die Barrikaden gehen und sagen: Ja, ja, das ist ja wieder zu locker; wir wollen ja kein neues Siedlungsgebiet.

Der Bürgermeister, der uns heute die Protestbriefe schreibt, sagt, ich will weiterhin relative Ellenbogenfreiheit, will weiterhin ein neues Gewerbegebiet, will ein neues Baugebiet mit dreißig Bauparzellen. Mit Ihrer Politik dürfte er das nicht mehr. Unsere Politik sagt dem Bürgermeister: Schau bitte zunächst einmal, ob es innerorts geht; wenn es gar nicht geht, dann sind wir Realpolitiker genug, um zu sagen, dass mehr Einwohner mehr Häuser bedeuten. Wir haben jetzt innerhalb weniger Wochen 150.000 Ukrainer untergebracht; früher hatten wir eine solche Zuwanderung in eineinhalb Jahren. Die Ukrainer brauchen Häuser, brauchen Supermärkte, brauchen Schulen usw. Unsere Realpolitik jetzt ist es also zu sagen: Bürgermeister, schau, ob es innerorts geht; wenn es innerorts gar nicht geht, dann muss es auch außerhalb gehen dürfen. Er soll

nicht sagen müssen: Tut mir leid, für dich ist kein Haus mehr da; du kannst dir ein anderes Bundesland suchen. – Oder wir beschlagnahmen Wohnraum? Oder welche Konzepte haben Sie denn dann?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genauso ist es, wenn der nächste Intel kommt und 5 Quadratkilometer Fläche will. Sie – nicht Sie in persona, aber Ihre Kreise – schreiben dann Briefe in die USA und an Verbandszentralen; Sie haben gegen dieses Ansiedlungsprojekt dort Widerstand angekündigt. – Das macht es natürlich nicht leichter, wenn die dann sagen: Wenn ihr nicht wollt, dann könnt ihr uns mal, Magdeburg empfängt uns mit Handkuss; dann gehen wir nach Magdeburg. – Dann schreien Sie: Was ist mit Intel, warum habt ihr die nicht angesiedelt? – Weil ihn vor Ort in Zeiten der Vollbeschäftigung und der Debatte um Flächenfraß usw. ja eigentlich fast gar keiner mehr will. Wir müssen also hier schon die Kirche im Dorf lassen, Ziele definieren und Ziele auch vernünftig anstreben.

Nächster Punkt: Energiebereich und Klimaschutz. – Wir tun hier sehr viel. Wenn wir diese Teilfortschreibung jetzt nicht in trockene Tücher bringen, sondern uns bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode vertagen, dann passiert in Richtung Frischluftschneisen nichts, dann passiert in Richtung Niedrigwassermanagement nichts, dann passiert in Richtung Hochwasserschutz nichts. Setzen Sie sich lieber bei den Parteikollegen in Berlin dafür ein, dass die uns den Hochwasserschutz an der Donau nicht wegschießen!

Wir müssen diese Dinge jetzt hinbekommen und diese Energiemaßnahmen jetzt voranbringen. Wir werden uns hier auch zu einem Punkt äußern, bei dem wir vielleicht Deckungsgleichheit haben.

Wir werden die Vorgabe im LEP von 2 % für die Windkraft mit unseren 10-H-Ausnahmen erreichen. Wir schreiben nicht vorher rein, wir streben genau 2 % an, sondern wir tun das, was sinnvoll ist. Am Ende werden wir vielleicht bei mehr Fläche als 2 % lan-



den. Wenn wir bei 1,5 % landen, dann werden wir nicht so ideologisch sein und uns verkrampfen und noch 0,5 % in eine Region bringen, wo es überhaupt nicht passt.

Wir werden also anpassen, geben den Regionalen Planungsverbänden aber die Hausaufgabe mit, im Laufe der nächsten zwei Jahre ihre Pläne weiter zu bearbeiten. Aber im Konsens! Ich werde mit jedem Planungsverband darüber reden, wo wir Windräder vernünftig entwickeln können.

Der Wind hat sich ja in die Richtung gedreht, dass die Planungsverbände mittlerweile von sich aus auf uns zukommen und sagen, ich hätte dort, wo ich vor zehn Jahren noch keine wollte, gerne Windräder. Die neuen Windräder sind höher, die Industrie will mittlerweile Windräder.

Wenn man die Dinge also vernünftig angeht, dann kommen wir dahin relativ automatisch. Seien Sie also beruhigt! Wir brauchen keine Gesamtfortschreibung des LEP, um auf eine nennenswerte Windkraftkulisse zu kommen. Wir kommen zu dieser nennenswerten Windkraftkulisse über die Teilfortschreibung sehr viel schneller.

Der dritte Punkt ist das Thema von Mobilität und moderner Mobilität. Auch hier der Appell an Sie – und an die FDP mit ihrem neuen Verkehrsminister in Berlin –, dass unser Mobilitätszentrum der Zukunft in München nicht bis auf die Knochen abgenagt wird, sondern dass dieses Zentrum handlungsfähig bleibt, um genau die Dinge wie interkommunale Geschichten, intelligente Mobilität, gemeinschaftliche Projekte, Digitalisierung in der Mobilität, ÖPNV am Land auch dort, wo es Sinn macht, zu entwickeln. Man sollte nicht mit leeren Bussen durch die Wälder fahren, wenn dort niemand einsteigt, und den Sprit rausballern. Man soll auch hier mit Sinn und Verstand vorgehen.

All diese Maßnahmen sind in einer Teilfortschreibung abgebildet. Die Behörden und Verwaltungen können diesen Weg auch mitgehen. Sie wissen auf diesem Weg, worum es geht. Wenn wir zu denen sagen, liebe Leute, all das, womit ihr gearbeitet habt, ist alter Käse, werft das mal weg und wartet bis wir in unserer Münchner Schlaueheit in fünf Jahren mit der neuen Weltformel um die Ecke kommen, dann sage ich

Ihnen voraus, dass in fünf Jahren viele Dinge wieder neu diskutiert werden. Ich sage Ihnen voraus, dass das Thema Flächenverbrauch und Gewerbeansiedlung vielleicht wieder anders diskutiert werden wird, wenn wir bis dahin – Gott bewahre – eine Wirtschaftskrise hätten und um jeden Ansiedlungswilligen froh wären. Wenn wir deutlich mehr Zuwanderung bekämen, bräuchten wir mehr Häuser. Wenn die Leute wegwandern, werden die Häuser leer.

Wir müssen zeitnah reagieren. Zeitnah reagieren geht mit einer Teilfortschreibung besser. Wenn wieder größere Dinge zu erledigen sein werden, dann wird es eben eine nächste Teilfortschreibung geben. Wenn irgendwann der ganz neue Ansatz kommen muss, dass ganz Bayern stillgelegt oder ganz Bayern zubetoniert werden soll, dann können Sie ja Ihre neue Gesamtfortschreibung machen und können sagen: Jetzt erfinden wir das Rad neu.

Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass die GRÜNEN das Rad immer dann neu erfunden haben, wenn Sie in der Opposition waren. Wenn Sie in die Regierung kamen, dann waren Sie darüber froh, überhaupt ein altes Rad vorzufinden,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

mit dem Sie fahren konnten und fahren durften.

Insofern ist die Debatte sinnvoll und fruchtbar. Es geht ja immer hin und her. Es sind ja Zielkonflikte. Wenn es so einfach wäre, dann würden wir ja nicht darüber diskutieren.

Das ist eben Politik: die verschiedenen Probleme unter einen Hut zu bringen. Da ist der eine, der ein Haus bauen will, weil er eine Familie gründen will. Da ist der andere, der sagt, auf der Wiese wachsen aber die Blumen; bitte tu das nicht. – Wer von beiden hat recht? – Jeder aus seiner Sicht.

Bei der Energiewende ist es genauso. Auch bei der ganzen Thematik des Verkehrs

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Jetzt redest schon eine ganze Stund!)

gibt es immer wieder neue Herausforderungen. Vor Corona waren sich viele einig, dass die individuelle Mobilität ausgedient habe. In Zeiten von Corona wollte niemand mehr eine Fahrgemeinschaft bilden, sondern jeder hat sich selber nicht mehr über den Weg getraut und ist alleine Auto gefahren. Momentan wollen wir wieder mehr ÖPNV. Wenn wir Autos haben werden, die ökologisch korrekt und nicht mehr fossil angetrieben sind, dann wird die individuelle Mobilität an Kritik verlieren.

Insofern entwickeln wir weiter. Wir entwickeln im Rahmen einer Teilfortschreibung weiter mit dem Ziel, das noch in dieser Legislaturperiode in trockene Tücher zu bekommen. Wir wollen nicht lauter offene Baustellen produzieren, die dann in den Wahlkampf kommen. Wir wollen diese Dinge festzurren. Wenn Sie die Dinge ganz anders sehen, ist es Ihr Recht, das zu kommunizieren. Die Verwaltung würden Sie aber nur verwirren, ohne die Sache, um die es geht, voranzubringen. Sie würden ihr sogar Steine in den Weg legen, weil wir die nächsten Jahre nicht handlungsfähig wären. Das wollen wir vermeiden. Deshalb: Teilfortschreibung mit Vernunft statt einer ideologischen Forderung nach einer Gesamtfortschreibung, die sich schon in drei Sätzen, die ich von Ihnen gelesen habe, widerspricht.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Christian Zwanziger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Herr Staatsminister, auch auf die Gefahr hin, dass Ihre Antwort ganz, ganz grundsätzlich wird, denn das war ein weiter Bogen, weit weg vom LEP, möchte ich vorweg zwei Bemerkungen machen: Erstens. Wenn man jetzt mit der Teilfortschreibung Fehler der Jahre 2017/2018 auswetzt – Anbindegebot, Sie können nichts dafür, dass das so gekommen ist –, dann ist das noch lange kein Argument dafür, dass man jetzt nicht vieles auf einmal verändert. Die Absicht, einen Fehler

von 2017 gutzumachen, ist kein Grund, eine Komplettfortschreibung nicht anzupacken.

Zweitens. Das betrifft die landwirtschaftlichen Vorranggebiete: Die haben Sie und Ihre Kollegen aus der Regierungsfraktion noch im letzten Sommer hier in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Diesen kleinen Fortschritt nehmen wir gerne mit.

Im Antragstext steht bewusst, dass der Prozess in eine Komplettfortschreibung münden soll, damit Sie die Stellungnahmen, die Sie bekommen haben, jetzt nutzen, das ganze Wissen herausziehen und das zu einer Komplettfortschreibung hinführen. In der Begründung des Antrags steht eine Referenz auf die Teilfortschreibung, dass die zu weich ist, dass sie nichts taugt. Der Antragstext fordert aber Sie, Ihr Haus, auf, die Stellungnahmen nicht in den Papiermüll zu schmeißen oder in die Schublade zu legen, sondern jetzt anzufangen, die Herausforderung auch anzupacken.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke schön, Herr Zwanziger, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Dass wir als GRÜNE den Karren aus dem Dreck ziehen müssen, haben wir schon im Bund gelernt. Sorgen Sie dafür, dass es 2023 in Bayern nicht genauso ist.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Vielleicht haben Sie aber den Prozess nicht verstanden. Wenn wir nur einen Teil der 700 Einwendungen in die Realität umsetzen wollen, dann müssen wir irgendwann den Deckel zumachen. Wenn ich sage "Danke schön für die 700 Briefe" und wir jetzt in die Gesamtfortschreibung gehen, noch zehn neue Fässer innerhalb des LEP aufmachen, dann haben wir einen solchen Wust an Fragen, dass wir über Jahre hinweg auch diese 700 berechtigten Anliegen nicht in die Realität bringen, sondern auf Stapel legen. Vielleicht ist in fünf Jahren das Thema überholt, zu dem sich heute jemand zu

Recht an uns gewendet hat. Es führt kein Weg daran vorbei, die Dinge, die auf uns einströmen, zu bewerten. – Jetzt ist es ein ganz großer Trend, den wir in Formulierung und Geist abbilden, dass nämlich ländliche Regionen weiterhin genügend Ellbogenfreiheit haben, um nicht von der Gnade Münchens abhängig zu sein, wenn zu entscheiden ist, ob sie noch ein Haus bauen dürfen. Dieser Grundsatz muss noch deutlicher abgebildet werden, weil hier vieles missinterpretiert wurde.

Die erneuerbaren Energien, all diese Dinge, habe ich aufgezählt. Das alles muss jetzt zeitnah kommen. Dann schauen wir, was die Zukunft bringt. Natürlich wird sie irgendwann eine Gesamtfortschreibung bringen, aber hier und heute zu sagen, die Teilfortschreibung muss in den Abfalleimer und nur das große Ziel vor Augen zu haben ist das Richtige, wird mit uns nicht zu machen sein, weil es der Sache schadet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/22773 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten Swoboda, Plenk und Klingen. Enthaltungen! – Die FDP-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und CSU auf der Drucksache 18/22851 die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER sowie die Abgeordneten Klingen (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Die SPD-Fraktion sowie die AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.